



Berlin Mitte für alle – nicht für wenige

**Unser kommunales Wahlprogramm
2026-2031**

Liebe Nachbar*innen!

Berlin-Mitte ist der am stärksten verdichtete, vielfältigste und politisch sichtbarste Bezirk dieser Stadt. Was hier entschieden wird, wirkt weit über den Kiez hinaus. Doch während Mitte wächst und teurer wird, geraten immer mehr Menschen unter Druck: steigende Mieten, Verdrängung, überlastete soziale Infrastruktur, ein öffentlicher Raum im Dauerstress und eine Verwaltung, die zu oft nicht mithalten kann. Wir sind überzeugt: Das ist kein Naturgesetz – das ist das Ergebnis politischer Entscheidungen. Und es lässt sich ändern.

Als SPD Berlin-Mitte stehen wir für einen klaren Gegenentwurf. **Wir wollen einen Bezirk, der schützt statt verdrängt. Der beteiligt statt ausschließt. Und der handelt, statt Probleme zu verwalten.** Unser kommunales Wahlprogramm ist kein Wunschzettel, sondern ein politischer Anspruch an uns selbst und an den Bezirk. Wir orientieren uns dabei an innerstädtischen Quartieren anderer Metropolen wie Barcelona oder Paris.

Wir sagen deutlich: **Wohnen ist keine Ware, sondern ein Grundrecht!** Wir stellen uns konsequent an die Seite der Mieter*innen und nutzen alle bezirklichen Instrumente gegen Mietwucher, Zweckentfremdung, Leerstand und Verwahrlosung. Milieuschutz, Wohnungsaufsicht und konsequenter Vollzug sind für uns keine Symbolpolitik, sondern tägliche Verantwortung. Wer in Mitte lebt, soll bleiben können – unabhängig vom Einkommen.

Genauso klar ist unser Anspruch an den Staat vor Ort. **Eine funktionierende Verwaltung ist soziale Infrastruktur.** Wenn Genehmigungen Monate dauern, Leistungen zu spät ausgezahlt werden oder Informationen unverständlich bleiben, trifft das immer zuerst diejenigen mit den geringsten Ressourcen. Wir kämpfen für eine Verwaltung, die schnell, digital, barrierefrei und mehrsprachig arbeitet – und die sich an den Lebensrealitäten der Menschen orientiert, nicht an Aktenordnern.

Demokratie lebt vom Mitmachen – aber nur, wenn echte Teilhabe auch gelebt wird. Und in Mitte **wollen wir echte Teilhabe für alle leben**, unabhängig von Staatsangehörigkeit oder Herkunft. Beteiligung darf kein Luxusprojekt sein. Deshalb stärken wir Kiezbeteiligung, Bürger*innenräte und zivilgesellschaftliches Engagement und ziehen eine klare Grenze nach rechts: Kein Fußbreit dem Rechtsextremismus, keine Relativierung von Rassismus, Antisemitismus oder Menschenfeindlichkeit.

Mitte ist **Kulturbezirk, Wirtschaftsstandort und öffentlicher Raum** zugleich. Wir verteidigen Kunst- und Freiräume, fördern kleine Gewerbe und lebendige Kieze und sorgen dafür, dass der öffentliche Raum gerecht verteilt wird – für Begegnung, Bewegung, Abkühlung und Leben ohne Konsumzwang.

Eine **aktive Politik zur Anpassung an den Klimawandel ist für uns auch Sozialpolitik**, denn Hitze, Lärm und Versiegelung treffen nicht alle gleich.

Viele Rahmenbedingungen für das Leben der Menschen in Mitte werden im Land, Bund oder der EU festgelegt. Das kommunale Wahlprogramm der SPD-Mitte nimmt vor allem kommunalpolitische Themen und Kompetenzen des Bezirks in den Fokus.

Wir wollen unseren Bezirk vor Ort für die Menschen gestalten und nehmen uns viel vor. Alles, was wir uns für unsere praktische Politik vornehmen, **wird Geld und Personal erfordern.** Auch der Bezirk Mitte wird in den nächsten Jahren finanziell nicht aus dem Vollen schöpfen können. Im Sinne dieses Wahlprogramms werden wir deshalb aktiv politische Priorisierungen vornehmen, wenn dies erforderlich ist und uns für die notwendigen gesetzlichen Rahmenbedingungen auf Landes- Bundes- und europäischer Ebene einsetzen. Hierzu gehört eine auskömmliche Finanzierung der kommunalen Aufgaben.

Wir kämpfen für einen solidarischen, vielfältigen und handlungsfähigen Bezirk. Für ein Mitte, das nicht nur funktioniert – sondern zusammenhält.

1. Wohnen und Stadtentwicklung

Berlin-Mitte ist unser Zuhause – Lasst es uns erhalten. Wir stehen für einen Bezirk, in dem über 400.000 Menschen unabhängig von Einkommen, Herkunft oder Lebenslage gut wohnen können. Wir wollen einen Bezirk, in dem Menschen keine Angst haben, ihr Zuhause durch Verdrängung zu verlieren, durch Mietwucher oder Verfall. Bezahlbarer und gerecht verteilter Wohnraum ist weiterhin *die* soziale Frage unserer Zeit.

Wir wollen eine **aktive und nachhaltige Wohnungs-, Bau- und Mietenpolitik.** Immer mehr Bestandswohnungen werden von Spekulant*innen gezielt vernachlässigt und verfallen. Gleichzeitig steigen die Mieten in unseren Kiezen u.a. durch möbliertes Wohnen auf Zeit in astronomische Höhen.

Wir stehen an der Seite der Mieter*innen und stellen uns allen Vermieter*innen und Investoren entgegen, die sich nicht an Recht und Gesetz halten, die sich auf Kosten der Lebensqualität der Bürger*innen von Mitte bereichern wollen. Die Bezirke müssen endlich personell und finanziell befähigt werden, das **Zweckentfremdungsverbotsgesetz und das Wohnungsaufsichtsgesetz konsequent und flächendeckend umzusetzen.** Der Einsatz von Treuhandverwaltung für verwahrloste Gebäude darf nicht nur eine leere Drohung sein.

Das wirksamste Instrument für Mieter*innenschutz und gegen die Verdrängung unserer Nachbarschaften ist der Milieuschutz. In den **12 Milieuschutzgebieten** (soziale Erhaltungsgebiete) unseres Bezirkes lebt rund die Hälfte der Bezirksbevölkerung.

Möbliertes Wohnen auf Zeit, Abriss von intaktem und bezahlbarem Wohnraum, Leerstand sowie andere Formen der Zweckentfremdung von Wohnraum muss hier konsequenter unterbunden werden als in der Vergangenheit. **Möbliertes Wohnen auf Zeit** umgeht die Mietpreisbremse und macht Wohnungen um ein Vielfaches teurer. Mieten von 50 Euro pro Quadratmeter sind hier keine Seltenheit. Dieses Geschäftsmodell wollen wir **konsequent unterbinden.**

Wuchermieten werden wir als SPD Berlin-Mitte ebenso **stärker kontrollieren** und mit Hilfe von rechtskräftigen Bußgeldern verhindern. Wir begrüßen die Einsetzung einer **Mietpreisprüfstelle** im Land Berlin. Um das von der SPD geplante **Wohnraumsicherungsgesetz** in unserem Bezirk umzusetzen, soll das Bau- und Wohnungsamt in Mitte Mieter*innen aktiv bei der Mietpreissenkung und im Kampf gegen Mietwucher unterstützen. Die monatliche kostenlose Mieter*innenberatung im Bezirksamt wollen wir fortschreiben und um digitale Lösungen ergänzen.

Gezielter Verwahrlosung und unterlassener Instandhaltung durch Vermieter*innen stellen wir uns entgegen. Wer Wohnraum verfallen lässt, um Profit zu maximieren, muss rechtlich und finanziell zur Verantwortung gezogen werden. **Leerstand, illegale Ferienwohnungen sowie Abriss von preisgünstigem und intaktem Wohnraum** wollen wir als SPD Berlin-Mitte entschieden bekämpfen und durch das Zweckentfremdungsverbotsgesetz ahnden.

Wir setzen uns dafür ein, **leerstehende Büro- und Gewerbeflächen – dort wo es passt – in Wohnraum umzuwidmen.** Anträge zur Umwandlung von Gewerbe in Wohnungen werden dabei im zuständigen Fachbereich des Bezirksamtes bevorzugt behandelt. In Milieuschutzgebieten und in Gewerbelagen gehen wir aktiv auf Eigentümer*innen von leerstehenden Bürogebäuden mit Beratungsangeboten zu. Die gesetzlichen Möglichkeiten des bundesweiten "Bauturbo" schöpfen wir aus. Die Genehmigung koppeln wir an eine Bauverpflichtung. Immobilienentwickler*innen von bereits **in Planung befindlichen Bürohäusern** (z. B. JaHo oder Central Tower) werden wir die Umplanung zu Wohnnutzungen nahelegen. Gemeinsam mit dem Senat schaffen wir eine digitale und effiziente Genehmigungspraxis ein.

Im Bezirk, Bund und Land setzen wir uns dafür ein, **Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen** transparent zu machen, indem ein **Transparenzregister** geschaffen wird, das Klarheit über die Aufteilung von Wohnhäusern bringt. Ebenso wollen wir uns dafür einsetzen, dass **Eigenbedarfskündigungen** stark eingegrenzt werden. Wir fordern **längere Schonfristen** für von Eigenbedarfskündigungen betroffene Mieter*innen. Den Mieter*innen soll so mehr Zeit für die Suche nach einer neuen Wohnung eingeräumt werden.

Wir wollen für junge, ältere Menschen und Familien auch neue Wohnungen bauen. Wir setzen auf die Realisierung aller vorhandenen Flächen- und Nachverdichtungspotenziale. Bei allen Wohnungsneubauprojekten fordern wir **einen festen Anteil von preisgebundenem Wohnraum** nach dem Berliner Modell – auch in Befreiungsfällen. Den preisgebundenen Wohnraum sichern wir mithilfe von städtebaulichen Verträgen oder verbindlich festgesetzten Bebauungsplänen. Um bei **öffentlich geförderten Wohnungsbau** den Anteil der Sozialwohnungen zu sichern, prüfen wir Grundbucheintragungen. Uns ist klar, dass die private Bauwirtschaft den Großteil des Wohnungsneubaus in unserem Bezirk trägt. Alle die sich an die rechtlichen Spielregeln halten, bieten wir eine faire Kooperation an.

Ökologisches Bauen ist für uns kein Luxus, sondern Teil einer nachhaltigen zukunftsorientierten Kommunalpolitik. Hierzu gehört auch die effiziente Flächennutzung z.B. durch Mehrfachnutzungen.

Auf allen **landeseigenen Baugrundstücken** prüfen wir mit den landeseigenen Wohnungsbau- und Baugesellschaften Wohnungsneubau mit 50-prozentiger Mietpreisbindung. Wir prüfen Wohnbaupotentiale auf bezirkseigenen Flächen und setzen diese gemeinsam mit den landeseigenen Wohnungsbau- und Baugesellschaften oder Baugenossenschaften um. Wir entwickeln den Zentralen Festplatz zu einem lebendigem Stadtquartier mit Wohnraum.

Wir setzen auf ein starkes Bezirksamt, auf eine vielfältige und selbstbewusste Zivilgesellschaft, auf die städtischen Wohnungsbau- und Baugesellschaften und die Genossenschaften in unserem Bezirk. Ein Schlüssel hierbei ist eine **kiezbezogene Partizipation an der Gestaltung unseres Lebensumfeldes**, die wir durch die Erhaltung starker Beteiligungsstrukturen wie Quartiersräten, Stadtteilvertretungen und Nachbarschaftseinrichtungen über die bezirkliche Stadtteilkoordination unterstützen. Die von Bund und Land finanzierte Städtebauförderung wirkt. Sie ist der zentrale Motor einer gemeinwohlorientierten Stadtentwicklung. In den Kiezen verbessert sie nachhaltig die Wohnqualität, das Wohnumfeld und schafft Beteiligungs- und Vernetzungsstrukturen. Das Problem: Nach 15 Jahren ist Schluss. Lang bewährte Strukturen brechen weg, Beteiligung versandet, das soziale Zusammenleben geht verloren. Dort wo es möglich ist, wollen wir Förderkulissen verlängern und neue implementieren. Als SPD sorgen wir weiterhin für **verlässliche Finanzierungsmodelle für zivilgesellschaftliche Beteiligungsstrukturen** in den betroffenen Kiezen.

Wir fördern den **Ausbau von barrierefreien Wohnungen und Service-Wohnen** in jedem Bezirk sowie von **Mehrgenerationenhäusern und Wohnprojekten, die Einsamkeit vorbeugen**.

Wir unterstützen **Umzugs- und Umbauförderung für ältere Menschen**, damit sie im vertrauten Umfeld bleiben können sowie kostenlose Beratungen bei drohendem Wohnungsverlust.

Wir alle brauchen Räume für Kunst, Kultur und soziale Einrichtungen. Durch die gestiegenen Mieten fehlen in Berlin-Mitte bezahlbare Produktions- und Präsentationsräume für Kunst, Kultur, soziale Einrichtungen und Initiativen. Gleichzeitig stehen im gesamten Bezirk - mitunter über Jahre - Ladenflächen und Gewerberäume leer. Sie tragen u.a. zur Verwahrlosung des Straßenbildes bei. Leerstehende Gewerbeflächen sind als stadtentwicklungspolitische Herausforderung zu verstehen und nicht an ehrenamtliche Strukturen zu delegieren. Wir fordern daher ein **Leerstandskataster für Gewerbeflächen** in Mitte. Leerstände eignen auch für **kulturelle Zwischennutzungen, Pop-up-Kulturräume oder Ateliers**. Daher setzt sich die SPD Berlin-Mitte dafür ein, die Ansprache von Immobiliengesellschaften und Kunstschaffenden als Aufgabe der Verwaltung zu verankern und in bezirklichen Vermittlungsstrukturen zu professionalisieren.

Kulturfördernde Projekte wie die Anmietung der Uferhallen durch die Kulturraum gGmbH, die Gerichtsstraße der Gesobau, der Umbau des Frauengefängnisses in der Lehrter Straße zu einem Atelierhaus, die Bildhauerwerkstatt des Berufsverbandes bildender Künstler*innen oder das Haus A für Kultur und Soziales im Projekt Haus der Statistik, die Berücksichtigung von kulturellen Nutzungen im Neubauprojekt Breite Straße und im Molkenmarktquartier werden von der SPD Berlin-Mitte nachhaltig unterstützt.

2. Öffentlicher Raum und Sicherheit

Der öffentliche Raum ist die soziale Infrastruktur einer dichten Innenstadt - lasst ihn uns endlich weiter gestalten. Maßnahmen für die Herstellung von Sauberkeit im öffentlichen Raum sind keine Sparmaßnahmen. Wer in kleinen Wohnungen lebt, keinen Balkon hat, in Wohngemeinschaften oder beengten Verhältnissen wohnt, ist für Erholung, Begegnung, Bewegung und Teilhabe auf Straßen, Plätze und Parks angewiesen. Gerade Kinder, Ältere, Menschen mit Behinderungen, Alleinerziehende und Beschäftigte in Schichtarbeit brauchen gut erreichbare, sichere und kostenfreie Orte im Freien. Ein gerechter Bezirk misst sich daran, wie gut diese Gemeingüter funktionieren.

Wir wollen daher **mehr sichere, inklusive Aufenthaltsräume** schaffen. Mehr Bänke und Regenbogenbänke als Zeichen für Vielfalt im öffentlichen Raum und gegen Diskriminierung, barrierearme öffentliche WCs, Schattenelemente und dauerhafte Spiel- und Aktionsflächen.

Mitte ist stark versiegelt und im Sommer überhitzt. Wir wollen Mitte zur Schwammstadt machen und geben dem Zentrum grüne Adern. Wir setzen uns daher für eine Entsiegelung, Klima-Bäume - besonders robuste Baumarten -, Regenwasserrückhalt sowie Fassaden- und Dachbegrünung mit jährlichen Flächenzielen ein. Wir wollen den Campus Mitte der Humboldt-Universität mit zahlreichen Bäumen begrünen und den Auto-Durchgangsverkehr reduzieren. Alle **Maßnahmen zur klimagerechten Innenstadt** werden so geplant, dass **nicht nur einmalige Investitionen** finanziert werden, **sondern auch der Erhalt und die Pflege** sichergestellt sind.

Wir wollen die großen **Verkehrsachsen neu gestalten**: Unter den Linden, die Friedrichstraße, die Straße des 17. Juni, die Torstraße und die Brunnenstraße werden wir **entsiegeln, begrünen und zugunsten von Fuß- und Radverkehr sowie Aufenthaltsqualität umverteilen**. Die Straße des 17. Juni werden wir zwischen Brandenburger Tor und Siegessäule zu einem zentralen Veranstaltungsort weiterentwickeln.

Wir starten **Reallabore** mit temporären Maßnahmen, z.B. Schatten- und Sitzangeboten sowie Kübelbäumen und überführen erfolgreiche Elemente in dauerhafte Umbauten mit wasserdurchlässigen Belägen, Baumneupflanzungen und klarer Flächenzuordnung. Mit dem Land entwickeln wir das **Leitbild eines grünen klimagerechten Stadtzentrums**.

Sicherheit ist für uns mehr als die Abwesenheit von Kriminalität. Sie ist die Voraussetzung für Teilhabe, Respekt und ein gutes Zusammenleben im Kiez. **Wir stehen für eine Politik, die Prävention stärkt, Präsenz zeigt und Räume so gestaltet, dass alle Menschen sich sicher fühlen – zu jeder Zeit und an jedem Ort.**

Auch gefühlte Unsicherheit schränkt Teilhabe ein. **Wir schützen besonders Frauen und ältere Menschen, obdachlose Menschen, queere Menschen, BPoC, Menschen mit sichtbarer Religionszugehörigkeit sowie Kinder und Jugendliche.** Personal mit Bürger:innenkontakt im Bezirk und beauftragte private Dienste werden wir bedarfsgerecht ausstatten, kontinuierlich fortbilden und für die jeweiligen Bedarfe dieser Gruppen sensibilisieren.

Wir wollen Prävention stärken, bürgernahe Präsenz ausbauen. Wir setzen auf frühzeitiges Handeln und **starke Netzwerke im Kiez**: aufsuchende Sozialarbeit, Kiezmütter, Runde Tische, der Präventionsrat und attraktive Angebote für Jugendliche im öffentlichen Raum werden ausgebaut.

Wir setzen uns für die Einführung des **Präventionsbeirats** in Mitte ein. Gleichzeitig sorgen wir für eine verlässliche, ansprechbare Präsenz von Polizei und Ordnungsamt. Dazu schaffen wir auf kommunaler Ebene eine **zentrale Ansprechperson für Sicherheit und Ordnung, stocken Ordnungsamt und Bußgeldstellen personell auf**.

Endlich Angsträume abbauen – Licht, Sicht und Nutzung organisieren. Wir gehen gegen Angsträume systematisch vor. Defekte Beleuchtung wird zügig repariert, zusätzliche Beleuchtung an Wegen, Plätzen, und Haltestellen, Parks und Grünflächen bedarfsgerecht ergänzt. Durch den Rückschnitt von Büschen, transparente Wartebereiche, klare Sichtachsen und – wo sinnvoll – veränderte Wegeführungen schaffen wir bessere Einsehbarkeit. Gleichzeitig erhöhen wir die soziale Kontrolle durch Nutzungen: mehr Aktivitäten, Begegnungs- und Aufenthaltsangebote, Sport und Kultur im öffentlichen Raum machen Orte lebendig und sicherer.

Der Grüne Campus Mitte für die Humboldt-Universität. Die Humboldt-Universität ist ein globales Aushängeschild für Berlin und Mitte. Sie hat aber bis heute keinen zusammenhängenden Campus an ihrem Hauptgebäude. In einem großen städtischen Bündnis wollen wir einen dicht begrüneten, kompakten und weitgehend autofreien Campus entwickeln: zwischen Friedrichstraße, Museumsinsel und Unter den Linden.

Wir sorgen für Sauberkeit. Sauberkeit ist eine der sozialen Fragen. Vermüllte Kieze treffen zuerst diejenigen, die sich Rückzugsorte nicht kaufen können. Sauberkeit und Ordnung bedeutet für uns einerseits eine **regelmäßige und effiziente Müllbeseitigung auf Straßen, Wegen, Grünflächen und Plätzen** und andererseits eine **konsequente Verfolgung von illegaler Müllentsorgung** sowie **gute Angebote zur Müllentsorgung und -Vermeidung**. Daher sorgen wir für ausreichende und größere Papierkörbe, planbare Entsorgungstermine, niedrighschwellige Angebote zur Sperrmüllabgabe, mehr Tausch- und Reparaturmöglichkeiten, Umweltbildung in Schulen und gemeinschaftliche Aufräumaktionen.

Wir setzen höhere Bußgelder gegen illegale Müllentsorgung konsequent durch. Aus Ordnungsamt-App, Daten des Außendienstes und automatisierter Medienanalyse wollen wir einen **Hotspot-Atlas für Sperrmüll und Bauschutt** schaffen. Mehrmals jährlich führen wir „**Müllmarathons**“ analog zu den bekannten „Blitzermarathons“ **mit ganztägigen Kontrollen an Schwerpunkten** durch und werten die Ergebnisse digital aus. Das Ordnungsamt soll die **Präsenz der „Müllsheriffs“ ausbauen**.

Wir stellen **zusätzliche sowie größere Mülleimer** auf, verdichten die Leerung in belasteten Straßenzügen, etwa im Malplaquetkiez oder im Parkviertel, und veröffentlichen die Planstände. Wir lassen die **BSR-Kieztage noch öfter** stattfinden. Gemeinsam mit der BSR testen wir eine jährliche, bezirklich organisierte **Straßenrand-Abholung von Sperrmüll**. Wir führen regelmäßige **Sperrmülltage** in allen Bezirksregionen durch, fördern **Tausch- und Reparaturbörsen** für Möbel und Elektrogeräte und informieren dazu umfassend. Das Bezirksamt ruft zu **bezirksweiten Aufräumaktionen von Nachbarschaften und Schulen** auf. Rund um den World Cleanup Day reinigen möglichst viele Schulklassen Ihre Schulhöfe und Straßenzüge im direkten Umfeld und sind so Vorbild.

In unserem Bezirk werden **Lieferdienste** intensiv genutzt. Das trägt zu Berlin-Mittes massivem Müll-Problem bei. Analog zum etablierten wiederverwendbaren Kaffeebecher, machen wir **günstige Mehrwegverpackungen** für Speisen zum Bestellen und Mitnehmen zum Standard. Gemeinsam mit Gastronomie und Lieferunternehmen arbeiten wir an **der Umsetzung der bundesgesetzlich geregelten Mehrwegangebotspflicht** - zum Beispiel an der Weddinger Müllerstraße und Oranienburger Straße. Wir prüfen alle Möglichkeiten zur Einführung einer kommunalen Abgabe auf Einwegverpackungen, -geschirr, -besteck.

Gerechter Raum heißt auch: Platz neu verteilen. Wir werden **Fahrbahnen und Parkflächen** dort, wo es möglich ist, **zugunsten von Fuß- und Radverkehr, Grün und „Dritten Orten“ umordnen**. Daher sollen die Straße Unter den Linden, Friedrichstraße und Torstraße grüne Achsen werden, die Tiergarten, Rathausforum, Potsdamer Platz und die Rosenthaler Vorstadt verbinden. Das stärkt lokale Geschäfte, senkt Lärm und Abgase und schafft Orte zum Verweilen statt Durchfahren.

Der Hauptbahnhof als Experimentierfeld für moderne Stadtplanung. Rund um den Berliner Hauptbahnhof wollen wir neueste Erkenntnisse der Stadtplanung erproben. Wir planen ein großes **Fahrradparkhaus**, stellen **großvolumige Kübelbäume** auf, testen modulare Schatten- und Sitzlandschaften und richten **Felder für experimentelles, nachhaltiges und digitales Bauen** am Alexanderufer ein, in Kooperation mit Deutscher Bahn, Futurium und Anrainer*innen.

Wir wollen ein fortlaufendes Programm für Spiel- und Aktionsflächen an hochfrequentierten Orten. Der Alexanderplatz dient als Startprojekt, aber er ist nur ein Beispiel: Parallel ermitteln wir systematisch weitere Bedarfspunkte mithilfe einer öffentlichen Bewertungsmatrix aus Nutzungsdichte, Aufenthaltsdefizit, Hitzebelastung, Barrierefreiheit und sozialer Infrastruktur im Umfeld.

Wir setzen alle heruntergekommenen Parks und Baudenkmäler zügig in Stand. Dafür schließen wir mit Berufsschulen und Innungen Rahmenvereinbarungen für denkmalgerechte Erhaltungsmaßnahmen, Instandsetzungen und Grünpflege. Die von uns als SPD Berlin-Mitte initiierten Ansätze an der Bastion im Schillerpark greifen wir auf und priorisieren die Rehberge, den Kleinen Tiergarten und den Humboldthain. Wir unterstützen die Initiative Parkcafé Rehberge in Ihren Plänen zur Sanierung und Reaktivierung des Parkcafés als Ort für gemeinnützige Kultur und Gemeinschaft.

Parkläufer*innen wollen wir verstetigen. Wir ergänzen dieses Angebot durch geeignete mehrsprachige Besucher*inneninformationen und schaffen – wo notwendig - Angebote zur Konfliktvermittlung. Für alle Parks und größeren Grünanlagen wollen wir Grünpflegepläne mit dem Schwerpunkt Biodiversität erarbeiten und die Pflege danach ausrichten. Abgenutzte Anlagen sanieren wir und große Parks erhalten standardisierte Trinkwasserangebote.

3. Klima und Umwelt

Für die SPD Berlin-Mitte ist eine aktive Politik zur Anpassung an den Klimawandel Kern kommunaler Daseinsvorsorge. Hohe Versiegelung, dichte Bebauung und Wärmeinseln machen krank und mindern die Aufenthaltsqualität. Wer wenig Wohnfläche, keinen Balkon oder Garten hat, ist auf kühle, zugängliche Außenräume angewiesen. Klimaanpassung ist deshalb immer auch Sozialpolitik.

Daher wollen wir einen **bezirklichen Entsiegelungsfonds** auflegen, der kleinteilige Maßnahmen schnell ermöglicht und sozial priorisiert. Schulhöfe, Kitas, Seniorentreffs, Nebenstraßen und Innenhof-Parkplätze wollen wir in Paketen entsiegeln und mit wasserdurchlässigen Belägen, Baumrigolen und Verdunstungsflächen ausstatten. Die Reihenfolge richtet sich nach Hitzebelastung und sozialer Verwundbarkeit, damit zuerst dort gehandelt wird, wo Menschen am stärksten betroffen sind. Für den Entsiegelungsfonds wollen wir Fördermittel aus der Städtebauförderung und dem für den Bezirk vorgesehenen Berliner Klimaanpassungsgesetz heranziehen.

Wir starten eine Schattierungsoffensive für Spiel-, Pausen- und Aufenthaltsflächen in bezirklicher Verantwortung. Jeder neue oder grundhaft sanierte Spielplatz erhält verschattete Zonen, robuste Pergolen oder begrünte Pavillons. **Bestehende Anlagen** wollen wir über ein Sofortprogramm **mit temporären Schattenspendern nachrüsten**. Zudem setzen wir uns für die **Installation von Trinkwasserbrunnen** an öffentlichen Orten ein. Schulhöfe in dicht bebauten Quartieren sollen prioritäre Baumpflanzungen mit gesicherten Wurzelräumen und Bewässerungsplänen für die ersten drei Jahre bekommen.

Neue Bäume für Mitte! Wir pflanzen nach dem 2:1-Prinzip und sichern die Pflege der Bäume sozial gerecht ab. Für jeden unvermeidbaren Baumverlust werden zwei standortgerechte, hitze- und trockenheitstolerante Bäume im selben Kiez nachgepflanzt.

Dort, wo Wartehallen nicht in Bezirkszuständigkeit liegen, wollen wir unmittelbar angrenzend im öffentlichen Straßenland **zusätzliche Sitz- und Schattenangebote** durch Pergolen, begrünte Pavillons und temporäre Sonnensegel schaffen. Wir richten zusätzlich **Hitzeschutzräume** in bezirklichen Einrichtungen ein. Bibliotheken, Quartiers- und Seniorenzentren werden als kühle Rückzugsorte mit Sitzplätzen, Wasserangeboten im Innenraum, barrierearmen Zugängen und mehrsprachiger Information betrieben. Die Straßensozialarbeit und das Gesundheitsamt sollen die gezielte Ansprache in besonders belasteten Straßenabschnitten koordinieren.

Wir machen große Plätze kurzfristig nutzbar und mittelfristig kühl. An Hotspots wie dem Alexanderplatz, dem Potsdamer Platz, dem Rosenthaler Platz und im Umfeld vom Hauptbahnhof wollen wir **modulare Schatten- und Kühlbausteine** temporär installieren und in die Neuplanung überführen.

Wir professionalisieren die Bewässerung und sichern Stadtgrün durch verlässliche Betriebsbudgets ab. Ein bezirklicher Hitze- und Trockenheitsfahrplan legt fest, ab welchen Warnstufen Jungbäume, Pflanzinseln und entsiegelte Flächen zusätzlich bewässert werden. Digitale Bewässerungspläne, sichtbare Markierungen an Jungbäumen und regelmäßige Berichtslagen sollen Transparenz über den Zustand des Grüns schaffen.

Wir werden zukünftig Hof- und Fassadenbegrünung sozial gestaffelt fördern. Hauseigentümer*innen, Genossenschaften und Wohnungseigentümergeinschaften lassen wir unbürokratische Zuschüsse für Entsiegelung und Begrünung zukommen, wenn Innenhöfe öffentlich wirksam abkühlen, Regenwasser zurückhalten und mieterseitig nutzbar werden. Wir heben Förderquoten in Milieuschutz- und Sozialräumen an, damit Klimaanpassung nicht am Geldbeutel scheitert.

Bezirksflächen mit Aufenthaltsdefizit öffnen wir für **gemeinschaftliche Hochbeete und kleine Nachbarschaftsgärten**. Hof-Entsiegelungen privater Eigentümer*innen fördern wir, wenn Flächen teilöffentlich zugänglich sind. Eine bezirkliche „**Grünsprechstunde**“ soll zukünftig bei der Planung, Genehmigung und Pflege helfen.

Wir machen Klimaanpassung messbar, überprüfbar und für alle sichtbar. Wir nutzen bestehende Fachdienste und Geodatenportale um die Daten zu (entsiegelten Flächen ...Plätzen) zu dokumentieren.

4. Mobilität und Verkehr

Mobilität ist eine soziale Frage. Die meisten Kinder werden nicht mit dem Auto zur Schule gefahren. Für Jugendliche bedeutet Mobilität Freiheit und eigenständige Entwicklung. Und wer nicht gut zur Arbeit und zurückkommt, hat weniger Zeit mit der Familie und verspürt mehr Stress. Nicht nur für ältere Menschen ist der **ganzjährige sichere und barrierefreie Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln** Voraussetzung, um nicht einsam zu sein. Die riesigen Potenziale unseres Bezirks sind eine Chance, die wir ergreifen müssen. **Verkehrsberuhigung, Klimaschutz und Radwege machen den Verkehr nicht komplizierter, sondern entspannter, flüssiger und vor allem sicherer für alle.**

Es ist unfassbar, dass in unserem Bezirk auch nur ein einziges Kind im Straßenverkehr Angst haben muss, weil Kreuzungen nicht einsehbar sind, Radwege fehlen oder Autos zu schnell fahren. **Wir müssen alles tun, was wir im Bezirk in der Hand haben, damit Kinder und Jugendliche sicher unterwegs sind.** Genau deshalb priorisieren wir sichere Schulwege.

Für Autofahrende setzen wir auf konkrete Lösungen und ehrlichen Dialog. Wo **Parkgebühren** hinzugekommen sind, **finden Anwohnende heute Dank Bewohnerparkausweisen in vielen Kiezen leichter Parkplätze.** Mietbare Kiezgaragen sollen **zusätzliche und verlässliche Parkplätze zur Miete** anbieten. Die etlichen leerstehenden Parkhäuser in unseren Kiezen (z. B. am Alexanderplatz oder in der Triftstraße) sollen in Kooperation mit den Betreibenden über eine digitale Plattform preiswert an Anwohnende und vor Ort Berufstätige vermietet werden. Wir prüfen die Integration von Schnelladesäulen. In Abstimmung mit unseren kommunalen Versorgern weiten wir die **Ladeinfrastruktur** auf bezirkseigenen Liegenschaften aus. So können manche Parkplätze in den Kiezen wegfallen, z. B. für kindersichere Kreuzungen, Sitzgelegenheiten oder entsiegelte Begrünung. Wo **sichere Radwege** teils Autospuren und Parkplätze ersetzen, fahren mehr Menschen Fahrrad und entlasten den Autoverkehr.

Wir wollen einen gut funktionierenden Autoverkehr, der aber weniger und planbarer für alle wird. Wenn immer mehr Strecken mit Bahn, Bus, Fahrrad oder zu Fuß zurückgelegt werden, gibt es weniger Stress und Stau. Das ist eine faire Autostrategie im Interesse aller.

Wir werden Angebote unterbreiten, statt Verbote zu erlassen. Ein für alle - auch mobilitäts-eingeschränkte Menschen - **gut erreichbarer ÖPNV ist der zentrale Schlüssel.** Um der Luisenstadt durchgängig Anschluss an zentrale Verkehrsknotenpunkte zu gewährleisten, soll es künftig auch sonntags vom Märkischen Museum bis zum Ostbahnhof eine gute und verlässliche Anbindung geben.

Wir richten möglichst sofort im gesamten Bezirk Mitte ein **dichtes Netz an digitalen, verpflichtenden Abstellzonen für E-Scooter** ein („Geofencing“). E-Scooter können weiter bequem genutzt werden, sie dürfen zukünftig aber nicht mehr frei im Weg herumliegen und nur noch ausschließlich in den Zonen abgestellt werden. Nach und nach werden die Zonen verstetigt, z. B. zu Jelbi-Mobilitätsstationen. Das funktioniert bereits erfolgreich zwischen Unter den Linden und dem Alexanderplatz.

Wir wollen Berlins erste Radwegemeister*in einstellen. Diese Person hält die Fahrradwege in Berlin-Mitte frei, entfernt Scherben, Gestrüpp und E-Scooter und nimmt kleinere Reparaturen vor. **Unser Anspruch sind lückenlos gute Radwege, ob für Kinderfahrrad, Rennrad oder Lastenrad.** Dafür setzen wir auf fahradsichere Tramgleise und an Schlüsselstellen in den Kiezblocks auf das Schleifen und Aufrauen des Kopfsteinpflasters, damit Radfahrende nicht mehr den Bürgersteig nutzen. Auch hier gilt, dass ein auskömmliches Budget für Instandhaltung und Reparaturen zur Verfügung stehen muss.

Wir setzen den guten Kompromiss für verkehrsberuhigte Kieze konsequent fort. Zusammen mit den Anwohnenden gestalten wir die Kiezblocks. Autos und Laster sollen nicht mehr durch Wohngebiete abkürzen. Unser Ziel ist es, dass Anwohnende nicht von den Abgasen der vielen Autos krank werden und alle sicherer unterwegs sind. Rettungskräfte sowie mobilitätseingeschränkte Anwohnende sollen weiterhin einen schnellen Zugang zu den Kiezen erhalten.

Wir fordern faire Preise für Bewohner*innenparkausweise und wir prüfen Parkraumbewirtschaftungsmodelle für Arbeitnehmende vor Ort (z. B. die Kolleg*innen bei der Charité und Kleingartenpächter*innen vor Ort). Hierbei sollte sichergestellt sein, dass die Gebühren der Parkausweise die Verwaltungskosten abdecken.

Wir wollen an jedem Bahnhof ausreichend sichere Fahrradbügel für unterschiedliche Fahrradtypen und eine Mobilitätsstation für E-Scooter und Leihräder errichten, an größeren Bahnhöfen gesicherte Abstellanlagen oder Fahrradparkhäuser. Dafür nutzen wir Landes- und Bundesprogramme. So heben wir das Potenzial für Gesundheit und Klima, das Arbeitswege mit Fahrrad und Bahn bieten (Intermodalität).

Wir setzen die Errichtung sicherer Fahrrad- und Gehwege sowie Fahrradstraßen konsequent fort. Die Fahrradstraße Kameruner Straße sichern wir baulich ab. **Sichere Schulwege haben für uns oberste Priorität** Wir prüfen zuerst die Schulwegpläne für jede Schule im Bezirk auf

Verbesserungsmöglichkeiten. Mit Gehwegvorstreckungen und Radbügeln auf dem ersten Parkplatz werden wir Kreuzungen auch für kleine Menschen einsehbar machen. Radwege zu Schulen werden zuerst saniert und direkt vor Schulen errichten wir Schulzonen. Insbesondere für Senior*innen und Menschen mit Behinderung setzen wir auf barrierefreie Haltestellen und auf Landesebene auf längere Grünphasen. Die stark frequentierte Fußgängerampel über die Invalidenstraße am Hauptbahnhof machen wir durch deutlich kürzere Umlaufzeiten und Fußgänger-Überwege (Zebrastreifen) über die Fahrradwege sicherer.

Kurzzeitparkplätze für Lieferverkehre, Handwerk und Rettungskräfte in Straßenabschnitten helfen das Parken in zweiter Reihe unattraktiv zu machen. Das schützt Radfahrende, hilft Zustellenden und verhindert Stau. **Gegen Falschparken** wollen wir mit dem Senat das **Pilotprojekt für datenschutzkonforme Scancars** wieder aufnehmen und endlich die über 100 unbesetzten Stellen des Ordnungsamtes besetzen. Stand jetzt entgehen dem Bezirk Millionen Euro an Einnahmen. Wir setzen uns dafür ein, die **Kompetenzen des Ordnungsamts auf Verkehrsverstöße im Fließverkehr** auszuweiten, damit die Polizei entlastet wird und sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren kann. Auch setzen wir uns in Seitenstraßen dafür ein, dass **Kurzzeitparken auf bestehenden Parkplätzen** - innerhalb bestimmter Uhrzeiten - für Lieferverkehr, Post und Handwerker möglich ist.

5. Wirtschafts- und Arbeitsstandort Mitte

Wir setzen uns für einen **wettbewerbsfähigen, vielfältigen und lebendigen Wirtschaftsstandort Mitte** ein, der Gründungen, Handel, Tourismus, Kreativwirtschaft sowie gemeinwohlorientierte Unternehmen unterstützt. Wir stärken Mitte und seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit durch **verlässliche, transparente und zügige Verfahren**, ausreichend nutzbare Räume für Unternehmen, gute Erreichbarkeit, hohe Aufenthaltsqualität sowie passgenaue Unterstützungsangebote. **Wir unterstützen die Entwicklung von Industrie und produzierendem Gewerbe in den entsprechenden Gebieten des Bezirkes. Wir kümmern uns aber auch um das klassische Handwerk, wohnortnahe Dienstleistungen und Einzelhandel.** Gerade die kleinen Betriebe machen unseren Bezirk lebenswert und sichern Arbeits- und Ausbildungsplätze. Im Bezirksamt soll es gemäß der Forderung des Deutschen Gewerkschaftsbundes eine Stelle für **eine*n Beauftragte*n für gute Arbeit** geben. Diese Stelle muss finanziell und institutionell abgesichert werden.

Standortfaktor Weltstadt. Berlin gilt als eine der beliebtesten europäischen Metropolen der Gegenwart. Die Kieze der Berliner Mitte sind belebt. Das ist auch gut so. Ein Kiez ist kein Kurort. Die Stadt Berlin und vor allem der Bezirk Mitte haben eine globale Anziehungskraft, die auch aus dem gastronomischen Stadtbild hervorgeht. Dort wo schon seit Jahrzehnten auch Lärm in den Abendstunden, vor allem in den Sommermonaten, normal ist, soll dies nicht durch Zuzüge verändert werden müssen. Niemand wird gezwungen in einen belebten Kiez zu ziehen. **Pauschale Sperrzeitvorverlegungen auf 22 Uhr lehnen wir ab.** Wir sind für eine sorgfältige individuelle Prüfung der Lage im Kiez unter Sicherstellung eines bezirklich moderierten Austauschs zwischen Bewohner*innen und Gewerbetreibenden. Dabei soll auch berücksichtigt werden, ob es sich um einen historisch gewachsenen Ausgeh-Kiez handelt.

Mit über 12 Mio. Besucher*innen und 30 Mio. Übernachtungen ist der **Tourismus** ein essenzieller Wirtschaftsfaktor in Berlin, insbesondere in unserem Bezirk. Wir möchten, dass unsere Stadt eine der attraktivsten Besucher*innen-Destinationen in Europa bleibt – dies aber nicht zu Lasten der örtlichen Bevölkerung und den hier etablierten Kleingewerben sowie familien- bzw. inhabergeführten Unternehmen. Wir befürworten daher die Erarbeitung eines **Tourismuskonzepts für Mitte mit Fokus auf Nachhaltigkeit, Aufenthaltsqualität und sozialer Verträglichkeit**. Durch das Zusammenbringen von öffentlichen, privaten und gesellschaftlichen Akteuren, wie z.B. im Bürger*innen-Beirat, setzen wir uns das Ziel, Tourismus- und Stadtentwicklung mit den Bewohner*inneninteressen abzustimmen, dies vor allem mit Hilfe der VisitBerlin-Plattform.

Wir setzen uns für den **Ausbau des digitalen Tourismus-Datenhubs** ein, mit Echtzeitdaten zu Besucher*innenströmen, Konsument*innenverhalten, aber auch Aspekten wie Umweltdruck und sozialer Zufriedenheit, als wichtiges Instrument zur vorausschauenden Steuerung der Tourismusedwicklung. Dem besonderen Profil als Tourismus- und Kongressstandort wollen wir mit Besucher*innenlenkung in Nebenlagen über „Hidden Gems“-Karten und Kooperationen mit Kultureinrichtungen Rechnung tragen.

Sämtliche Maßnahmen werden wir im **Austausch mit den Gewerbetreibenden** entwickeln - denn die Einbindung der Betroffenen ist uns wichtig. Regelmäßige Überprüfungen nutzen wir, um erfolgreiche Projekte zu identifizieren und auszubauen und unwirksame einzustellen.

Standortfaktor Lage, Lage, Lage. Parallel dazu stärken wir den Faktor „Lage“ durch aktive **Erdgeschoss-Belebung**. Kümmerer*innen sollen Straßenzüge begleiten und zwischen Eigentümer*innen und gewerblichen Mieter*innen vermitteln. Außerdem soll eine **Pop-up-Agentur Zwischennutzungen** erleichtern. Den lebendigen Kiez entwickeln wir über einen **Gestaltungsleitfaden für Erdgeschosse** mit klaren Empfehlungen zu Sichtbarkeit, Barrierefreiheit und Außengastronomie weiter.

Die Etablierung von **Immobilien- und Standortgemeinschaften (BIDs/ISGs)** muss zum Ziel haben, einen Beitrag zur Verbesserung sowohl der Standort- als auch der Lebensqualität insgesamt zu leisten. Daher möchten wir die Schaffung von BIDs in unserem Bezirk vorantreiben, vor allem in wirtschaftlichen Schwerpunktgebieten, wo es zu unterschiedlichen Interessenlagen mit den Bewohner*innen kommt. **Die Herstellung eines Ausgleichs zwischen kommerziellen und nachbarschaftlichen Anliegen** ist immer auch im langfristigen Interesse von Eigentümer*innen, Investor*innen und Betreiber*innen und stärkt den Standortfaktor Lage. Bei der Konzeptionierung von BIDs legen wir daher besonderen Wert auf die Entstehung einer ausgewogenen Wirtschaftsstruktur (**keine kommerziellen Monokulturen**), den Aufbau von moderner und umweltgerechter Infrastruktur sowie den Erhalt von Gemeinwohl- und Kultureinrichtungen. Ob in Kiezen wie dem Weinbergsweg oder Großprojekten auf dem Alexanderplatz, kommerzielle Nutzung und wirtschaftliche Entwicklung müssen zur **Erhöhung der städtischen Wohnqualität führen** und dürfen nicht die Gentrifizierung oder das Aussterben innerstädtischen Zusammenlebens zur Folge haben.

Dazu brauchen wir auch eine Regulierung zur **Begrenzung von Gewerbemieten und zur Bekämpfung von leerstehenden Gewerbeeinheiten**. Der Bezirk sollte hier über geeignete Kanäle, z.B. Kontakte zu Landes- und Bundespolitiker*innen oder Interessensvertretungen, z.B. den Deutschen Städtetag, aktiv werden. Durch eine Regulierung können auch Kleingewerbe, Handwerker*innen und soziale Einrichtungen besser vor finanzieller Überlastung und Verdrängung geschützt werden.

Darüber hinaus stehen in vielen Straßen Gewerbeeinheiten seit längerem leer, z.B. in der Müllerstraße oder Chausseestraße. Der Bezirk kann sich auch hier für die Erarbeitung einer gesetzlichen Regelung für **eine progressive Leerstandssteuer** einsetzen, die auf Gewerbeeinheiten erhoben wird, wenn diese länger leer stehen. Ziel ist es, Eigentümer*innen dazu zu bewegen, leerstehende Gewerbeeinheiten wieder dem Mietmarkt zuzuführen und so das Gewerbeangebot zu erhöhen.

Wir stehen für Austausch und Nachbarschaft. Neben Döner-Imbissen und Barbershops, welche wir als Knotenpunkte anerkennen, fördern wir ein **vielfältiges Stadtbild** mit niedrighschwelligem Beschäftigungsmöglichkeiten. Im Sinne der BerlinStrategie wollen wir die für die Stadtentwicklung nutzbaren **Flächenpotenziale auch für Mehrfachnutzungen identifizieren** und dabei soziale Infrastrukturen langfristig sichern sowie Bürger*innen gleichermaßen zugänglich machen.

Der **Standortfaktor Infrastruktur** soll durch innovative Technologien weiterentwickelt und für kommende Anforderungen vorbereitet werden. Künstliche Intelligenz (KI) kann künftig **Lieferunternehmen** dabei unterstützen, Routen dynamisch und ressourcenschonend zu planen – wir wollen sie in Zusammenarbeit mit den Modellregionen dabei unterstützen. City-Logistik-Bausteine wie Mikro-Depots, Lastenrad-Zonen und definierte Lieferzeitfenster reduzieren Konflikte im öffentlichen Raum. Beim Baustellen-Nutzungsmanagement wollen wir Lieferfenster, temporäre Wegweisungen und Werbeflächen für ansässigen Handel organisieren. Bei (verkehrlichen) Baumaßnahmen des Bezirks binden wir die Gewerbetreibenden im Rahmen der öffentlichen Beteiligung ein.

Damit einhergehend sind wir für den **Einsatz moderner Mobilitätskonzepte in Mitte**, wie z.B. urbanen Mobility Hubs, E-Mobilität, autonomes Fahren und digital gestützte Informationssysteme zur Verkehrssteuerung. Dazu gehört auch, dass z.B. Ladesäulen bedarfsgerecht dort bereitgestellt werden, wo sie von Privaten, Logistikern und für neue Mobilitätsformen wie Lastenräder benötigt werden.

Eine **digitale Koordinierungsstelle für Bauarbeiten** wird dazu beitragen, wichtige Informationen beispielsweise an Feuerwehr, Polizei und Lieferdienste in Echtzeit verfügbar zu machen. Parkraum und Lieferzonen in der Nähe von Ausbildungsstätten, Krankenhäusern und anderen zentralen Einrichtungen wollen wir einfacher auffindbar, flexibler Nutzung zugänglich und in Abstimmung mit Dritten in ihrer wirtschaftlichen Nutzung optimieren.

Ziel ist eine vernetzte und effiziente Nutzung der Infrastruktur, die Arbeitsabläufe erleichtert und Mobilität zukunftsfähig gestaltet. Mittelfristig sind wir für die Einrichtung einer Zero-Emission Zone in Mitte, wie es andere europäische Großstädte bereits mit Erfolg praktiziert haben.

6. Bildung, Jugend und Sport

Investition in die Zukunft: Starke Bildung, Chancengerechtigkeit und soziale Teilhabe für alle. Die SPD Berlin-Mitte steht für **einen sozialen und diskriminierungsfreien Bezirk**, in dem alle Menschen in Würde leben und teilhaben können. Wir wollen gerechte Bildungs-, Sozial- und Teilhabechancen von der frühen Kindheit bis ins hohe Alter. **Bildung denken wir ganzheitlich – von Kitas über Schulen bis zu Angeboten von Vereinen, Initiativen und ehrenamtlichem Engagement.** Dafür vernetzen wir staatliche und freie Träger. Eine Unterscheidung nach sogenannten freiwilligen und gesetzlichen Leistungen der Kommunen ist dabei nicht zielführend. **Gebührenfreie Bildung ist für uns Voraussetzung.** Wir unterstützen die sozialräumliche Öffnung unserer Bildungseinrichtungen für echte Chancengleichheit. Auch Erwachsene und Erwerbstätige sollen entsprechend ihrer Lebenslagen unterstützt und beteiligt werden.

Rückendeckung für Mittes Kinder und Familien. Für uns sind Kitas Bildungseinrichtungen, in denen Kinder zusammen spielen, Sprache und das Miteinander lernen. Hier wird die Grundlage für die soziale Integration und den weiteren Schulerfolg gelegt. Daher **wollen wir die Kitas in bezirklicher und freier Trägerschaft sichern**, qualitativ verbessern und personell stärken. Zudem fordern wir vom Land, sich für den Erhalt der Sprach-Kitas und der Kita-Sozialarbeit einzusetzen. **Das Kitaforum nutzen wir als Schnittstelle zur Weiterentwicklung der frühkindlichen Bildung.** Wir bringen Fachkräfte, Träger, Eltern und Verwaltung im Bezirk Mitte zusammen. Die Perspektiven von Menschen mit Migrationsgeschichte sollen dabei verbindlich gestärkt werden. Freiwerdende Plätze im Kitabereich nutzen wir für Qualitätsentwicklung, dabei haben die Eigenbetriebe Vorrang.

Wir fordern den **Erhalt des Programms zur Sanierung von Kitas und Spielplätzen (KSSP)**, damit gefahrloses Spielen selbstverständlich ist. Dazu gehören Sauberkeit, Sicherheit und eine Wohlfühlatmosphäre. Familie ist da, wo Kinder sind. Wir wollen die Familien in Mitte in ihrem Alltag stärken und entlasten. Dafür braucht es verlässliche Angebote und Freiräume. Zentral ist für uns die Besetzung freier Stellen in den Jugendämtern.

Familienzentren sind für uns wichtige Anker im Kiez. Wir sichern und stärken daher die Arbeit der Familienzentren in unseren Nachbarschaften. **Familienservicebüros sind zentral für verständliche und lebensnahe Beratung und Informationen.** Wir verankern daher zentrale Anlaufstellen für Eltern, Familien und Jugendliche in allen Bezirksregionen und ergänzen diese durch ein digitales, mehrsprachiges und barrierefreies Online-Angebot. Der Bezirk Berlin-Mitte soll eine zertifizierte "kinderfreundliche Kommune" werden.

Schulen in Mitte sind für alle da! Nach wie vor entscheidet häufig die besuchte Schule über die Bildungschancen der einzelnen Kinder. In diesem Sinne setzen wir in Mitte vor allem auf **Gemeinschaftsschulen als Schule für alle - integrativ, demokratisch, partizipativ, vielfältig.**

Wir wollen die Sanierungen von Schulen in Mitte voranbringen. Wir setzen uns daher für die zügige Umsetzung der Sanierung der Ernst-Reuter-Schule, die Schaffung einer Perspektive für die

Sanierung des Schulstandortes Putbusser Straße sowie eine rasche Sanierung und den Neubau des Schulstandortes Guineastraße 7 als Gemeinschaftsschule ein.

Es ist unser Anliegen, dass jedes Kind einen Schulabschluss schafft und die Schule mit Perspektiven verlässt. Wir wollen, dass **jeder Schulstandort in Mitte eine eigene oder eine Verbundoberstufe** hat, und begleiten die Schulen auf dem Weg der Umsetzung. Außerdem wollen wir eine **Stärkung aufsuchender (Schul-) Sozialarbeit zur Erfüllung der Schulpflicht. Erfolgreiche Schulen in Mitte sind Teil von Bildungslandschaften.** Wir schaffen mindestens eine Campusschule für Mitte im Zeitraum von 2026 bis 2031.

Unsere Bildungseinrichtungen sollen sich **an den Lebenswelten und Problemstellungen ihrer Kieze orientieren.** Ziel sind kurze Wege und niedrighschwellige Zugänge. Die Zusammenarbeit mit außerschulischen Lernorten in den Kiezen soll gestärkt werden. Ein Fokus liegt hierbei auf den Jugendkunstschulen, Jugendverkehrsschulen und den Schulumweltzentren.

Außerschulische und schulische Bildungsangebote in Mitte sollen stärker verzahnt arbeiten. Wir setzen uns für eine **bezirklich organisierte Steuerungsstelle** ein, die alle bezirklichen sowie Landesangebote im Bezirk miteinander koordiniert. Wir machen **sichere Schulwege** zur Realität und setzen die Planungen für mehr Schulwegsicherheit konsequent im Bezirk um. Als positives Beispiel dient uns das Sicherheitskonzept der Schulzone Singerstraße. Wir wollen die Aufenthaltsqualität und Sauberkeit rund um Schulen verbessern.

Jugend ist Zukunft - wir stärken Zukunft. Die SPD Berlin-Mitte wird **die Jugendarbeit ausbauen, finanziell stärken und um digitale Angebote erweitern.** Wir setzen uns für den Ausbau und die qualitative Verbesserung von Jugendfreizeiteinrichtungen ein und fördern die Träger- und Vereinsvielfalt im Bereich der Jugendarbeit. Besondere Aufmerksamkeit gilt den Jugendlichen mit Migrationsgeschichte sowie der Förderung von Jungenarbeit. Auch für queere Jugendliche werden wir verstärkt Zugänge zu Informationen, Räumen und Begleitung sicherstellen. Jugend braucht Freiräume und vielfältige Orte für Austausch, Bildung, Freizeit, Sport und Kultur. Wir wollen **Jugendliche fördern und ermuntern, eigenverantwortlich Angebote im Kiez zu gestalten.** Hierfür wollen wir die erfolgreiche **Arbeit des Kinder- und Jugendbeteiligungsbüros fortführen, verstärken und bekannter machen.** Außerdem setzen wir uns für die Einrichtung einer **Jugendgeschichtswerkstatt** in Mitte ein. Jugendliche erkunden hier in Zusammenarbeit mit Fachkräften die Vergangenheit ihrer Wohnorte und stärken ihr Geschichtsbewusstsein und Demokratieverständnis. Die SPD Berlin-Mitte fordert die Einrichtung eines **queeren Jugendzentrums** im Bezirk.

Wir begreifen Schulsozialarbeit als wichtige Stütze. Daher wollen wir die vorhandenen Schulstationen sichern und setzen uns für die Schaffung weiterer Schulstationen durch Landesfinanzierung ein.

Jugendliche brauchen Wohlfühlorte im Bezirk. Daher wollen wir die Sanierung des Jugendzentrums in der Edingburger Straße mit Priorität vorantreiben. Wir wollen **urbane Jugendkultur fördern** und machen uns für Streetart und Projekte zur Fassadengestaltung und legale Graffiti-Sprühflächen stark. Wir setzen uns für einen öffentlichen Skatepark im nördlichen Wedding ein.

Bei der Jugend darf nicht gespart werden. Daher setzen wir uns für eine zweckgebundene Mittelzuweisung durch das Land an die Bezirke ein, um bestehende Angebote der Jugendarbeit verlässlich umsetzen und ausbauen zu können. Der Bezirk Mitte soll zukünftig stärker Spenden und Fördermittel für Jugendarbeit und die Umsetzung jugendlicher Projekte in Mitte einwerben.

Von der Turnhalle bis zum Park - Gute Bedingungen für alle Sporttreibenden. Sport ist Freizeitgestaltung und Ausgleich von Schule, Privatem und Beruf. Die Teilhabe an inklusiven Sportangeboten für Kinder, Jugendliche, Erwachsene und die Ältesten verstehen wir als wichtige Vorsorge für die mentale wie körperliche Gesundheit und als gesellschaftlichen Kitt unserer Bevölkerung. Wir sind stolz auf den vielfältigen Vereinssport in Mitte, den wir im Ausbau weiter fördern wollen. Trainer*innen und Ehrenamtliche aus nicht-wirtschaftlichen und sportförderungswürdigen Vereinen unterstützt der Bezirk Mitte durch einen günstigen Pauschaltarif beim Parken an Sportstätten des Bezirks Mitte. Der Bezirk Mitte soll die Sanierung unserer Sportstätten, Sportplätze und Bewegungsfreiflächen spürbar vorantreiben.

Das Erika-Heß-Stadion wollen wir sanieren und weiter ertüchtigen. Hierzu sollen vornehmlich die Bundesfördermittel Sport aus dem Sondervermögen und mögliche Landesmittel genutzt werden. Wir wollen die **Nutzungszeiten von gedeckten Sporthallen und Sportflächen effizienter ausgestalten.** Die Vergabe von Nutzungszeiten an Sportvereine und Träger der freien Jugendarbeit wollen wir vereinfachen und zweckmäßiger gestalten.

Wir wollen in Zukunft „Mitternachtssport“ breiter anbieten. Hierzu schaffen wir Platz für Angebote von freien Trägern der Jugendarbeit für Sport in den Abendstunden. Wir wollen eine **bessere Verzahnung** von Ganztagsangeboten von Schule und für freie Nutzung schulischer Sportflächen durch Sportvereine und freie Träger der Jugendhilfe.

Schwimmflächen in Mitte ausbauen. Wir unterstützen die Idee des öffentlichen Flussbad-Projektes im Spreekanal zwischen Fischerinsel und Museumsinsel. Außerdem setzen wir uns im Einklang mit dem Uferschutz für bis zu zwei, ganzjährig frei zugängliche Seezugänge für das Freiwasserschwimmen im Plötzensee ein.

Wir schaffen bei der **Gestaltung von Parks, Plätzen und Grünflächen kostenfreie Sportelemente** für Freeletics, Discgolf, BMX, Parkour-Sport oder Kletterwände. Außerdem soll die Möglichkeit für urbane Sportarten ausgebaut werden. Hierzu wollen wir unter anderem das Skaten vor der Neuen Nationalgalerie erlauben. **Gute Arbeit gilt für uns auch im Sport.** Das Bezirksamt Mitte soll daher Rahmenbedingungen schaffen, die es den Sportvereinen ermöglichen, sozialversicherungspflichtige Personen anzustellen.

Mitte lernt nicht aus - miteinander, voneinander, füreinander. Der Zugang zu Bildung muss auch im Erwachsenenalter für alle gefördert werden. Hier stehen für uns besonders **Volkshochschulen, Musikschulen und Bibliotheken** im Zentrum. Deren Personal muss gute Arbeitsbedingungen haben. Diese bezirklichen Einrichtungen sind intensiv vernetzt und Brücken in die bunte Berliner Zivilgesellschaft mit z. B. diversitätsorientierter, inklusiver Öffnung, Begegnung im Sozialraum oder dekolonialer Arbeit. Zielgruppenarbeit in Altersheimen ist ebenso wichtig wie generationsübergreifende Strukturen durch Mehrgenerationenhäuser. Wir wollen die Digitalisierung der VHS und Musikschulen vorantreiben. Außerdem werden wir neue Leseorte

schaffen. Wir bemühen uns um einen neuen Bibliotheksstandort für die Bruno-Lösche-Bibliothek sowie eine zusätzliche Bibliothek in Alt-Mitte.

7. Soziales und Gesundheit

Ein Bezirk, der trägt - Gesundheit, Teilhabe und Schutz für alle. In Berlin-Mitte leben Menschen mit sehr unterschiedlichen Lebensrealitäten. Soziale Herausforderungen werden hier besonders deutlich sichtbar. Viele sind auf Unterstützung angewiesen, die nicht nur vorhanden, sondern gut erreichbar und verlässlich organisiert sein muss. Unser Ziel ist ein Bezirk, der genau diese Sicherheit bietet. Wir wollen Zugänge erleichtern, Hürden abbauen und Menschen in schwierigen Situationen nicht allein lassen. Wir wollen Strukturen schaffen, die im Alltag tragen, und eine Politik, die Teilhabe ermöglicht und Schutz gewährleistet, ohne jemanden aus dem Blick zu verlieren.

Soziale Sicherheit im Alltag. Soziale Unterstützung muss dort stattfinden, wo Menschen leben. Sie muss zugänglich, barrierefrei und verlässlich sein. Nur wenn Hilfsangebote **niedrigschwellig erreichbar** sind, können sie ihre Wirkung entfalten. Wir wollen **barrierefreie Kieze für alle**. Baustellen, enge Gehwege und fehlende Aufzüge schließen Menschen aus. Wir sorgen für verbindliche Vorgaben: barrierefreie Wege, Rampen, Aufzüge, digitale und analoge Orientierungshilfen überall dort, wo Menschen unterwegs sind.

Für uns sind starke **Beratungsstrukturen vor Ort** zentral. Daher sollen Pflegestützpunkte, Senior*innen-Servicestellen, Behindertenberatung, Familien- und Migrationsberatungen dauerhaft finanziert, mehrsprachig ausgebaut und besser vernetzt werden. Wir setzen uns für die Verstetigung der Clearingstelle für nicht krankenversicherte Menschen ein. Anlaufstellen werden wir wohnortnah, barrierefrei und mehrsprachig gestalten.

Die SPD Berlin-Mitte steht für eine **Digitalisierung für alle ohne Ausschluss**. Daher stärken wir digitale Angebote in der Sozialverwaltung, sichern aber das Recht auf persönliche Beratung und Papieranträge. Niemand darf ausgeschlossen werden, weder ältere Menschen noch Menschen mit Behinderungen oder Menschen ohne sicheren Internetzugang.

Wir wollen Einsamkeit überwinden und die Gemeinschaft stärken. Dafür stärken wir Begegnungsorte für Jung und Alt, niedrigschwellige Freizeitangebote und aufsuchende Strukturen und beugen damit Einsamkeit vor. Darüber hinaus entwickeln wir gemeinsam mit den Menschen im Bezirk weitere Maßnahmen, um Einsamkeit wirkungsvoll zu begegnen. Dafür braucht es verlässliche Finanzierung, bezahlbare Räume und langfristige Sicherheit statt ständiger Befristungen von sozialen Trägern. Ehrenamtliches Engagement wollen wir stärker durch kostenfreie Räume und Qualifizierungsangebote unterstützen.

Die Sozialämter wollen wir **handlungsfähig machen**. Zu lange Bearbeitungszeiten gefährden Existenzen. Wir machen die Sozialämter resilienter und verbessern die Abläufe, damit Leistungen zügig und vollständig ausgezahlt werden können.

Schutz, Prävention und Hilfe in besonderen Lebenslagen. Berlin-Mitte braucht einen solidarisches Umgang im öffentlichen Raum, der Menschen **schützt, statt sie zu verdrängen**. Wir schaffen Strukturen, die die Sicherheit für alle erhöhen und gleichzeitig die Würde vulnerabler Menschen wahren. Bei der **Drogenhilfe** setzen wir auf **Beratung statt Verdrängung**. Wir setzen auf Beratung, mobile Hilfen und Drogenkonsumräume. Nur so wird der öffentliche Raum sicherer für Betroffene und für Nachbarschaften. Das sozial orientierte Vier-Säulen-Modell aus Mitte (Prävention, Hilfen, Repression, kulturelle Belebung) soll berlinweit Vorbild werden.

Obdach- und Wohnungslosigkeit wollen wir entschlossen angehen. Soforthilfe und nachhaltige Perspektiven gehören zusammen. Wir **werden barrierefreie Notübernachtungen, Tagesstätten und Wärmeorte, aufsuchende Sozialarbeit, Wohnraumvermittlung und betreutes Wohnen sowie Housing First** als strukturellen Baustein stärken. Wir setzen uns für einen **Tagestreff** am Alexanderplatz und der Osloer Straße ein, um die Situation vor Ort zu verbessern und Unterstützung für vulnerable Menschen sicherzustellen. Wir wollen **weitere Schutzräume** für Frauen, Kinder und queere Menschen schaffen. Wir bauen den Zugang zu Schutzwohnungen und psychosozialer Unterstützung aus. Der Bezirk kooperiert eng mit Trägern und landesweiten Strukturen, damit niemand in Gefahr allein gelassen wird.

Gesundheit nah an den Lebenswelten. Gesundheit beginnt im Alltag, in der Nachbarschaft, im sozialen Umfeld, mit erreichbaren Angeboten. Wir **stärken die wohnortnahe Versorgung** und die Gesundheitskompetenz im gesamten Bezirk. Präventive Angebote und medizinische Versorgung müssen für alle Menschen gleichermaßen erreichbar sein. **Wir arbeiten daran, dass Gesundheit keine Frage des Wohnorts, der Sprache oder der persönlichen Voraussetzungen ist.**

Fachkräfte für Gesundheitsversorgung und Prävention sollen vor allem in sozialen Brennpunkten eingesetzt werden. Diese sollen als Bindeglied zwischen medizinischer Versorgung, Pflege, Sozialarbeit und Nachbarschaft wirken. Sie stärken Gesundheitskompetenz, erreichen Menschen, die sonst schwer Zugang finden, und bieten Unterstützung direkt vor Ort. Wir bauen den **Gesundheitsdienst im Bezirk bedarfsorientiert personell und strukturell aus**. Einen besonderen Schwerpunkt setzen wir im Bereich Prävention und Beratung. Wir stärken die bestehenden Strukturen, damit Menschen ohne Krankenversicherung Zugang zu medizinischer Versorgung erhalten. Mehrsprachige Informationen bauen wir aus.

Teilhabe von Anfang an. Wir stärken die **Unterstützung für geflüchtete Menschen** im Bezirk, damit echte Teilhabe in unserer vielfältigen Migrationsgesellschaft gelingt und ein solidarisches Miteinander wächst. Wir schaffen die Voraussetzungen dafür, dass alle Menschen im Bezirk ihre Potenziale entfalten und aktiv am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Wir werden eng mit migrantischen Selbstorganisationen und Initiativen zusammenarbeiten, um Unterstützung aus der Community zu gestalten und zu fördern. Die **kommunale Wohnungsvermittlung und soziale Beratung** werden wir gezielt für Geflüchtete ausbauen, um Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt entgegenzuwirken. Mehrsprachige Informationen, Schulungen für Mitarbeitende und gezielte Einstellungspolitik wollen wir ausbauen, damit die Verwaltung für alle zugänglich ist. Wir setzen auf Begegnung statt Isolation. **Wir schaffen Räume und Projekte, die Austausch und Gemeinschaft fördern - für ein solidarisches Zusammenleben.**

8. Kultur

Kultur als Menschenrecht, als Teilhabe und als Integrationskraft. Die SPD Berlin-Mitte setzt sich **konsequent für die notwendige Finanzausstattung der Kulturangebote** ein, die für alle Menschen gleichermaßen, diskriminierungsfrei, inklusiv, gleichberechtigt und generationenübergreifend zugänglich sind. Steigende Lebenshaltungskosten sorgen für die Ausgrenzung und Isolation vieler Menschen und damit zu einem Mangel an Lebenschancen und kultureller Teilhabe.

Wir stehen an der Seite **der zentralen außerschulischen Bildungs- und Kultureinrichtungen** in Mitte. Die öffentlichen Bibliotheken, die Volkshochschule, die Musikschule, die Jugendkunstschule, das Mitte Museum und die kommunalen Galerien sind unverzichtbare Bausteine des lebensbegleitenden kulturellen Lernens und Erfahrens. Daher sollen sie zukünftig auch im Bezirk durch Haushaltsmittel finanziell getragen werden.

Die SPD Berlin-Mitte fördert das Erleben, Erlernen und Erfahren der eigenen Kulturen der Menschen im Bezirk. Erfolgreich bezirklich unterstützte Angebote wie z. B. das **Fastenbrechen auf dem Leopoldplatz wollen wir beibehalten**. Wir wollen das Miteinander im Bezirk stärken, indem wir die Zusammenführung verschiedener Kulturen und Bevölkerungsteile unterstützen. Bezirklich unterstützte Angebote müssen einen Beitrag zu Diskriminierungsfreiheit und Gleichstellung leisten.

Die Bibliotheken in Mitte sind als **niedrigschwellige Orte des Lernens und Begegnungsraum** für die Stadtgesellschaft finanziell auszustatten. Für die SPD Berlin-Mitte bedeutet das, weg von den Ausleihzahlen als dominierenden Berechnungsfaktor für die Zuteilung von Haushaltsmitteln. Ihr Mehrwert für finanziell schlechter gestellte Menschen verpflichtet uns zum Neudenken der Sanktionierung bei zu später Medienrückgabe. Bibliotheken werden als ruhiger Lernort immer wichtiger für die Bevölkerung. Darum setzen wir uns für die **Erweiterung der Öffnungszeiten** ein, die mithilfe technischer Möglichkeiten arbeitsrechtskonform auch an Sonn- und Feiertagen umgesetzt werden können. Konsumverringende Angebote wie z. B. die Bibliothek der Dinge an der Bibliothek Tiergarten Süd oder der Lastenfahrradverleih an der Schillerbibliothek wollen wir an weiteren Bibliothekstandorten in Mitte etablieren.

Als SPD setzen wir uns für Erhalt und weitere Ermöglichung der erfolgreichen, bedarfsorientierten Angebote der Volkshochschule (VHS) Berlin-Mitte ein. Wir steuern mit **aufsuchenden Angeboten der Erwachsenenbildung** durch die Volkshochschule der Einsamkeit im Alter gegen. Das Bildungs- und Kulturzentrum in der Turmstraße 75 wird entsprechend dem vorliegenden Konzept und Sanierungsplan inklusiv modernisiert. Wir fördern die **Angebotsvielfalt bei den Sprachkursen und kommunalen Integrationsangeboten** an den Volkshochschulen in Mitte. Außerdem wollen wir das Lernen von Jung und Alt zusammen fördern: Hierzu unterstützen wir ein generationsübergreifendes Lernen wie Lesepatenschaften und Mentorings. Die SPD unterstützt, dass die Volkshochschulangebote zu Schul- und Kitazeiten vorhalten kann, um insbesondere jungen Eltern die Teilnahme zu ermöglichen. Die SPD begrüßt und unterstützt die programmatische Ausrichtung der **gemeinschaftsfördernden Angebote der VHS Mitte**, welche

die Vielfalt des Bezirkes widerspiegeln. Dazu gehören u. a. Integrationskurse, Alphabetisierungskurse oder Medienkompetenztrainings, auch in nicht-deutschen Sprachen.

Interkultureller Austausch ist ein entscheidender Faktor für **antirassistische Bildung**. Deswegen soll der Bezirk den Erhalt und Ausbau von Kulturtreffpunkten forcieren und bei interkulturellen Bildungsangeboten aktiv die Zusammenarbeit mit Orten suchen, an denen sich Kinder und Jugendliche aufhalten, z.B. Horte, Jugendclubs und Veranstaltungsorte für kulturelle Bildung wie das Jugendkulturzentrum Mitte Weinmeisterhaus.

Erinnerungskultur: Verantwortung übernehmen, Geschichte sichtbar machen. Straßennamen, Denkmäler und Gedenktafeln sind prägend für eine antirassistische, dekoloniale und prodemokratische Erinnerungskultur sowie die Erinnerung an historisch wirksame Frauen. Die SPD Berlin-Mitte setzt sich für eine **geschichtsbewusste Neu- und Umbenennung** öffentlich zugänglicher Räume und die Realisierung entsprechender Gedenkorte ein. Wir unterstützen entsprechende Initiativen der Stadtgesellschaft. Wir zeigen klare politische Haltung gegen Geschichtsrevisionismus aus dem In- und Ausland und setzen uns gemeinsam mit dem Korea Verband Berlin für einen permanenten **Erhalt der Friedensstatue** im öffentlichen Raum in Moabit ein.

Wir wollen einen Erinnerungspfad mit zusammenhängenden örtlichen Hinweisen zur Sichtbarmachung aller Gedenkorte der **1848 Märzaufstände in Mitte** realisieren. Der Bezirk Mitte soll die Maßnahmen des gesamtstädtischen Aufarbeitungskonzepts zu Berlin kolonialer Vergangenheit und des gesamtstädtischen Erinnerungskonzepts für Berlin umsetzen.

Die Kunstfreiheit im öffentlichen Raum wollen wir durch Instrumente der bürgerlichen Teilhabe stärken. Für Skulpturen und andere Kunstwerke fordert die SPD ein klar geregeltes Verfahren, mit dem unter bestimmten Voraussetzungen und mit Zustimmung der Bezirksverordnetenversammlung befristete Sondergenehmigungen zur Nutzung des öffentlichen Straßenland in Einzelfällen dauerhaft verstetigt werden können. Dadurch kann den Wünschen der unmittelbaren Nachbar*innen der Kunstwerke entsprochen werden und die Identifikation mit dem eigenen Kiez gestärkt werden.

Erhalt und Schaffung von Kunstorten und Kunstaustausch. Das Bezirksamt soll proaktiv und niedrigschwellig einen Austausch zwischen Kunstschaffenden, Studierenden der bildenden Künste, Kunstfachhandel und kulturellen Einrichtungen schaffen, z.B. durch die Erweiterung der **Plattform "Kulturelle Bildungsverbände in Berlin Mitte"** und die Integration von Veranstaltungen für diese Zielgruppen in den kultur-mitte.de-Kalender.

Kunst hat einen festen Platz im öffentlichen Raum. Auch ein niedrigschwelliger Zugang zu Kunst muss gesichert werden. So soll sich u.a. Urbane Kunst wie die Graffiti- & Streetart-Kultur Berlins weiter entfalten. Wir werden daher die Erhaltung und **Einrichtung legaler Graffiti- & Streetart-Flächen** in Berlin-Mitte wie z.B. die North Side Gallery im Park am Nordbahnhof weiter fördern. Solche Orte sind Teil der öffentlich zugänglichen Stadtkultur, Ausdrucksform der Jugendkultur und Reminiszenz an die Berliner Mauer und Kulturgeschichte. Weitere Flächen sollen dadurch geschaffen werden, indem wir diese der Werbung entziehen.

9. Verwaltung

Eine einwohner*innenfreundliche Verwaltung stellt die Menschen in den Mittelpunkt – nicht die behördlichen Vorschriften. Behörden und Ämter müssen sich an den **Bedürfnissen der Bürger*innen orientieren**, nicht umgekehrt. Gemeinsam mit Expert*innen, Geschäftsleuten, Organisationen und Verbänden werden wir bestehende Regularien und Verwaltungsabläufe im Bezirk kritisch überprüfen. Regelungen, die das private oder geschäftliche Leben in Mitte unnötig erschweren, sollen vereinfacht, modernisiert oder – wo möglich – ganz abgeschafft werden. Ziel ist eine **transparente, effiziente und serviceorientierte Verwaltung**, die Engagement fördert statt hemmt.

Wir machen die Verwaltung schneller, digitaler und unkomplizierter – damit Anliegen zügig erledigt werden und Einwohner*innen und Gewerbetreibende weniger Bürokratie spüren. Die durchschnittliche Bearbeitungszeit insbesondere für gewerbliche Sondernutzungen und Gastronomie-Außenflächen wollen wir deutlich reduzieren. Wir fordern einen **Genehmigungs-„Fast Track“** für einfache, standardisierte Fälle mit klaren Checklisten und Selbsterklärungen, sowie ein öffentliches Transparenzboard mit monatlichen Kennzahlen zu Durchlaufzeiten, Fallzahlen und Rückfragenquoten. Mit einem online zugänglichen Dashboard wird der Verfahrensstand jederzeit abrufbar.

Wir unterstützen eine effizientere Nutzung der Räumlichkeiten in öffentlichen Gebäuden und setzen uns für deren bessere Zugänglichkeit für gesellschaftliche Initiativen ein. Das neue Rathaus in Alt-Mitte wird ein öffentlich zugängliches Dach haben. Wir setzen uns dafür ein, dass das Dach ein Ort der Begegnung für alle wird. Es soll für kulturelle und nachbarschaftliche Zwecke durch zivilgesellschaftliche Initiativen, Vereine, etc. kostengünstig oder kostenfrei genutzt werden können. Ein Konzept für eine solche Nutzung sollte mit lokalen Initiativen wie "Operation Himmelblick" erarbeitet werden, wie an der „Leipziger Straße“ und dem „Cittipoint Wedding“.

Digitale Verwaltung für alle – leistungsfähig, barrierefrei, demokratisch. Nur eine technologiefähige Demokratie ist zukunftsfähig. Es darf daher **keine Kürzungen im Bereich der Digitalisierung** der Verwaltung geben.

Die **kritische Infrastruktur (KRITIS)** ist zunehmend durch Anschläge und hybride Kriegsführung in Gefahr. Die SPD setzt sich für eine sichere Finanzierung und eine **anforderungsgerechte Ausgestaltung des Katastrophenschutzes** im Bezirksamt Mitte von Berlin ein. Dabei ist die **Information der Bevölkerung** ein wesentlicher Schwerpunkt.

Für die SPD Berlin-Mitte ist die **digitale Barrierefreiheit** der Webseiten der bezirklichen Verwaltung und ihrer Bürger*innendienste eine Pflicht und keine Option. Informationen und Dienstleistungen der Bezirksverwaltung sind prinzipiell für Menschen mit kognitiven oder körperlichen Beeinträchtigungen zu optimieren, z. B. durch KI-Tools, einfache Sprache, visuelle Kontrastanpassungen oder Vorlesefunktionen.

Wir befürworten die **Anbindung aller IT-Fachverfahren an die Digitale Akte** über automatisierte Schnittstellen: Das heißt, die Post- und Scanstelle des Bezirksamtes wird stark entlastet. Wir setzen uns für **kostenloses WLAN in allen Rathäusern und Bürgerämtern** ein, sowohl für Mitarbeiter*innen, als auch Besucher*innen. Das Bezirksamt sollte auf Kanälen kommunizieren, die von einem Großteil der Bevölkerung genutzt werden. Statt Mitteilungen auf der Webseite soll zukünftig auch ein Messenger-Dienst, wie in Treptow-Köpenick, in Betracht gezogen werden.

Wir fordern ein Ende der klassischen Parkraum-Vignette, die aktuell noch final mit einem Filzstift händisch beschriftet werden muss. Wir brauchen **digitale Anwohner*innenparkausweise**. Die Potentiale von KI sollen von allen Ämtern geprüft werden. Die KI-Richtlinie des Bezirks ist entsprechend anzupassen. Des Weiteren sollte das Bezirksamt um Tools wie Parla oder den Berliner BVV-Inspektor für die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Berlin-Mitte werben, damit die Recherchemöglichkeit in BVV-Vorgängen vereinfacht und mehrsprachig möglich ist.

Verwaltung, die alle erreicht – Mehrsprachigkeit als Schlüssel zur Teilhabe. In Mitte trifft Kiezkultur auf Weltmetropole-Vibes. Rund 60 Prozent der Einwohner*innen haben eine Einwanderungsgeschichte, darunter viele EU-Bürger*innen. Wir wollen alle Menschen, die hier leben und arbeiten, mitnehmen - egal, woher sie kommen und wie gut sie Deutsch sprechen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass das Bezirksamt über wichtige Themen und Entscheidungen **mindestens auf Englisch** und entsprechend der Bevölkerungsstruktur **möglichst mehrsprachig** informiert. Sämtliche Antragsformulare in Zuständigkeit des Bezirks sollen grundsätzlich auch auf Englisch verfügbar sein. Sprache darf auch bei Behördengängen keine Barriere sein. **Fremdsprachenkenntnisse der Mitarbeitenden im Bezirksamt** müssen bei der Personalgewinnung für Bürgerämter und den Bürgerservice stärker berücksichtigt werden. Mit einem Pilotprojekt für **English Speaking Counters** in unseren Bürgerämtern gehen wir den ersten Schritt zu mehr sprachlicher Offenheit – für eine Verwaltung, die alle erreicht.

In Zeiten knapper öffentlicher Finanzen ist es wichtiger denn je, vorhandene Ressourcen gezielt zu bündeln und neue Finanzierungsquellen zu erschließen. Eine **zentrale Fundraising- und Projektförderungsstelle** im Bezirksamt kann entscheidend dazu beitragen, dass der Bezirk zukunftsfähig bleibt. Diese Stelle soll gezielt EU-Mittel, Förderprogramme des Bundes, des Landes Berlin sowie anderer Institutionen identifizieren, koordinieren und für lokale Träger*innen zugänglich machen. Durch ein systematisches Monitoring von Förderlinien, Beratung von Initiativen, Vereinen und Einrichtungen sowie die aktive Unterstützung bei der Antragstellung werden die vielfältigen Potenziale im Bezirk gestärkt. So wird gewährleistet, dass gute Ideen nicht an finanziellen Hürden scheitern – und der Bezirk seine Innovationskraft, Teilhabe und soziale Infrastruktur weiterentwickeln kann.

Standortfaktor gute Arbeit“: Das Bezirksamt als attraktiver und moderner Arbeitgeber. Das Bezirksamt soll als vorbildlicher und attraktiver Arbeitgeber wirken, der **faire Arbeitsbedingungen, Chancengleichheit und eine moderne Verwaltungskultur** lebt. Alle Stellen werden dabei grundsätzlich unbefristet und in Vollzeit angeboten. Flexible Arbeitszeitmodelle, ortsflexibles (mobiles) Arbeiten, Führen im Tandem und/oder in Teilzeit bieten die Gewähr, dass Arbeit und Leben zusammenpassen. Junge Eltern sollen die Elternzeit nehmen können, die sie benötigen. Gerade auch junge Väter sollen ermutigt werden, ihre Elternzeit bzw. Brückenteilzeit zu nehmen. **Durch gezielte Personalentwicklung, gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie ein**

respektvolles Miteinander soll der Bezirk Maßstäbe für zukunftsfähige öffentliche Arbeit setzen.

10. Vielfalt und Partizipation

Wir sehen kulturelle und religiöse Vielfalt als Bereicherung. In Berlin-Mitte leben Menschen unterschiedlichster Herkunft, Kultur und Religion zusammen. Begegnung und Dialog zwischen Menschen verschiedener Religionen oder Weltanschauungen fördern Verständnis, Vertrauen und Zusammenhalt.

Daher wollen wir die **Diskriminierungsbeschwerdestrukturen** im Sinne des Landesantidiskriminierungsgesetzes (LADG) und Antidiskriminierungsgesetz (AGG) weiter stärken und besser zugänglich machen. Zur Stärkung der queeren Infrastruktur wird ein zivilgesellschaftlicher Beirat zur Unterstützung des Queer-Beauftragten eingerichtet. Ziel bleibt es, Hassgewalt gegen queere Menschen zu überwinden und Berlin-Mitte als Anlaufpunkt für queere Projekte zu etablieren.

Mitte bleibt ein **sicherer Hafen für Geflüchtete** und fördert die Teilhabe von Anfang an. Dazu wird der Integrationsfonds fachlich gezielter gesteuert. Die SPD Berlin-Mitte fordert die konsequente Umsetzung des Partizipations- und Migrationsgesetzes im Bezirk Mitte.

Das starke Engagement für eine gelungene Integration von Einzelpersonen und Initiativen in unserem Bezirk gehört besonders gewürdigt. Wir setzen uns für die Beibehaltung des gemeinsamen **Partizipations- und Integrationspreises des Bezirksbeirats** für Integration und Partizipation und der BVV und dessen Finanzierung ein und wollen diesen durch einen Preis gegen Diskriminierung ergänzen.

Gelungene Integration bedeutet gleichberechtigte Teilhabe. Die **Beteiligungsstrukturen im Bezirk sollen offener und einladender für die Vielfalt unseres Bezirks** werden. Die Expertise der Migrantischen Organisationen und des Beirats für Partizipation und Integration soll stärker einbezogen werden. Gleichberechtigte Teilhabe für alle funktioniert nur durch einen diskriminierungssensiblen Umgang. Deshalb **stärken wir Präventions- und Interventionsmaßnahmen** in der Zivilgesellschaft und in staatlichen Einrichtungen zu allen bekannten Diskriminierungsformen und stärken die bezirklichen Register- und Meldestellen.

Wir treten klar gegen Antisemitismus, antimuslimischen Rassismus und jede Form von Menschenfeindlichkeit ein. Gleichzeitig wollen wir **Begegnungen ermöglichen** und gemeinsame soziale Projekte unterstützen. So wollen wir regelmäßige Treffen zwischen Kirchen, Moscheen, Synagogen, humanistischen Verbänden und der Bezirksverwaltung fördern.

Wir wollen eine stärkere **Kooperation mit religiösen Gruppen** in sozialer Arbeit (z. B. Suppenküchen, Jugendhilfe) **mit säkularer Kontrolle**, aber gemeinsamer Verantwortung. Kirchen, Moscheen, Synagogen und humanistische Organisationen sollen einmal jährlich ihre Türen öffnen, um Nachbarschaften einzuladen. So entstehen Begegnungen, Vertrauen und Verständnis.

Das Bezirksamt soll diese Aktionen kommunikativ fördern. Außerdem wollen wir eine Förderung von Projekten gegen antimuslimischen Rassismus, Antisemitismus und jede Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im Bezirk.

Internationale Konflikte betreffen auch unseren Bezirk. Berlin-Mitte ist Heimat vieler Menschen, die familiär oder persönlich von Krisen weltweit berührt sind. Deshalb trägt die Stadt Verantwortung für Zusammenhalt, Sicherheit und Solidarität.

Im Nahostkonflikt erkennen wir das Leid aller Zivilist*innen gleichermaßen an, ohne Gewalt zu relativieren. Wir stehen an der Seite der in Berlin-Mitte lebenden Jüd*innen, Israelis, Palästinenser*innen sowie Muslim*innen und nehmen ihre Trauer und Betroffenheit ernst.

Wir setzen uns für Gedenktage ein: den 7. Oktober für die Opfer des Hamas-Terrors in Israel und den 8. Oktober für die getöteten palästinensischen Zivilist*innen.

Außerdem unterstützen wir Organisationen, die den **Dialog zwischen betroffenen palästinensischen, muslimischen, israelischen und jüdischen Menschen** in unserer Stadt ermöglichen, und lehnen es ab, migrantische und muslimische Communities pauschal für den Antisemitismus verantwortlich zu machen. Antisemitismus ist ein gesamtdeutsches Problem und betrifft uns alle.

Wir verurteilen den unprovokierten, völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und die gezielten Angriffe auf die ukrainische Zivilbevölkerung. Als Bezirk in einer weltoffenen Metropole stehen wir solidarisch an der Seite der betroffenen Menschen - in der Ukraine wie auch hier bei uns - und treten politisch entschlossen für Demokratie, Menschenrechte sowie die territoriale Integrität und Unverletzlichkeit der Grenzen souveräner Staaten als Grundpfeiler des Völkerrechts ein.

11. Demokratie

Unsere Demokratie lebt vom Mitmachen – aller, die in unserem Bezirk zu Hause sind. Deshalb setzen wir uns für echte Einwohner*innenbeteiligung ein, die unabhängig von Herkunft oder Staatsangehörigkeit allen eine Stimme gibt. Wer hier lebt, gestaltet den Alltag mit und muss auch über die Zukunft des eigenen Kiezes mitentscheiden können. Wir wollen **bestehende Beteiligungsformate ausbauen, niedrigschwelliger gestalten und durch mehrsprachige Angebote für alle zugänglich machen** – ob digital oder im direkten Austausch vor Ort. Gezielte Informationskampagnen im Kiez sorgen dafür, dass niemand ausgeschlossen bleibt. Wir befürworten ein **unkompliziertes und unbürokratisches Einbürgerungsverfahren** und unterstützen ausdrücklich Maßnahmen zur besseren Aufklärung und Information im Bezirk.

Demokratische Teilhabe braucht Räume und Ressourcen. Deshalb **lehnen wir Kürzungen bei Demokratieprojekten entschieden ab** und schaffen stattdessen neue Möglichkeiten zur Partizipation – insbesondere für Parteien und zivilgesellschaftliche Initiativen. Diese wollen wir verstärkt fördern, zum Beispiel durch freien und niedrigschwelligen Zugang zu Räumlichkeiten vor Ort.

Wir wollen außerdem dauerhaft **geloste Bürger*innenräte** im Bezirk verankern, um die Meinungen der Einwohner*innen frühzeitig und vielfältig in politische Entscheidungen einzubeziehen. Ihre Empfehlungen sollen verbindlicher berücksichtigt und transparent in der Bezirksverwaltung umgesetzt werden.

Eine starke Demokratie ist wehrhaft. Wir bekennen uns klar: kein Fußbreit den Rechten, keine Zusammenarbeit mit der AfD. Wir bekämpfen Rechtsextremismus überall sichtbar und laut, unter anderem mit Gegendemos zu rechten Aufmärschen und stärken die Vernetzung mit demokratischen Initiativen vor Ort. Projekte gegen Rechtsextremismus werden nicht gekürzt, sondern wo nötig ausgebaut.

V.i.S.d.P.: Annika Klose,
SPD Kreisverband Berlin-Mitte,
Müllerstraße 163, 13353 Berlin